

Dr. Martin Ulmer

Ausraubungsausstellung im Stadtmuseum Rottweil

22. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Ruf, sehr geehrte Frau Meyr, liebe Johanna Knaus für die freundliche Einführung, liebe Mitglieder des Vereins ehemalige Synagoge Rottweil und der Jüdischen Gemeinde Rottweil, Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

Die Tatsache, dass die wirtschaftlichen Ausplünderung der Juden in Südwestdeutschland lange Jahre nicht erforscht und tabuisiert war, haben den *Gedenkstättenverbund* gemeinsam mit dem *Landesarchiv Baden-Württemberg* 2014 veranlasst, ein mehrjähriges Forschungs- und Ausstellungsprojekt zum Thema zu starten. Neben der großen Publikation, die sie heute für nur 18 Euro hier kaufen können und bei der Landeszentrale für politische Bildung erschienen ist, ist eine gleichnamige Ausstellung im Jahr 2019 entstanden. Federführend hat das Projekt, der Vorstand des Gedenkstättenverbunds, Heinz Högerle, Dr. Peter Müller, der Direktor der Staatsarchivs Ludwigsburg und ich als Geschäftsführer des Gedenkstättenverbunds realisiert.

1933 lebten in Württemberg und Hohenzollern rund 11.000 jüdische Bürgerinnen und Bürger, Es gab nach vorsichtigen Schätzungen ca. 1.500 Geschäfte und Fabriken – überwiegend kleine und mittelständische Textil- und Viehhandlungen, Zigarren- und Tabakhandlungen – und rund 140 Fabriken, 35 Privatbanken, ca. 120 Rechtsanwälte und Juristen, 150 meist niedergelassene Ärzte und mehrere Hundert sonstiger Freiberufler und Angestellte, darunter auch viele Frauen.

Die Ausstellung zeigt einen multiperspektivischen Ansatz, der die verschiedenen Handlungen von Tätern, Schreibtischtätern, Beteiligten, Beamten und Unternehmern und kleinen Profiteuren in den Blick nimmt. Freilich gab es auch einen kleinen Kreis von Menschen, die anständig geblieben sind und weiterhin zu Juden Kontakte pflegen, ihnen halfen, sie weiterhin grüßten und in deren Geschäften einkauften. Außerdem wird die Haltung der jüdischen Geschäftsleute, Rechtsanwälte und Ärzte in einzelnen Ausstellungstafeln und im Buch dargestellt, d.h. wie reagierten sie auf den wachsenden Druck, gab es Ausweichmöglichkeiten, suchten sie das Geschäft, die Praxis, die Kanzlei solange wie möglich zu retten.

Der Weltanschauungsantisemitismus der Nationalsozialisten, der 1933 zur Staatsdoktrin wurde, bildete die treibende Kraft bei der wirtschaftlichen und beruflichen Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich bis hin zu deren Existenzvernichtung. Zugleich wirkten reichsweit geltende Gesetze wie das *Berufsbeamtengesetz* vom April 1933 und die *Nürnberger Gesetze* vom September 1935 als Katalysatoren; Das Zusammenspiel von Straßenantisemitismus, Boykotten, Gewalt und Ausgrenzungsgesetzen radikalisierten die Politik gegen die Juden ab 1933 immer stärker.

Die Ziele der Ausraubung waren einmal die Entfernung der Juden aus Deutschland durch den Entzug der beruflichen und geschäftlichen Existenzgrundlage. Zweitens ging es um die gigantische völkische Vermögensumschichtung und die Übernahme der Stellen, Geschäfte und Kunden bzw. Klienten durch die nichtjüdische Konkurrenz. Von 16 Milliarden RM, die Juden in Deutschland hatten, flossen 75 Prozent 12 Mrd. Reichsmark zum NS-Staat, in die Wirtschaft und zu Privatleuten.

Kaufboykott am 1. April 1933 – der Angriff auf die Juden beginnt

Der „*gesellschaftliche Prozess*“ der beruflichen und wirtschaftlichen Ausgrenzung der deutschen Juden durch die „Volksgemeinschaft“ – wie es der Historiker Frank Bajohr nennt- setzte unter propagandistischer Führung der lokalen NSDAP im Frühjahr 1933 mit dem flächendeckenden Kaufboykott in Stuttgart und den anderen Städten wie Heilbronn, Ulm, Ludwigsburg, Göppingen, Esslingen, Tübingen, Rottweil u.a. von Geschäften mit jüdischen Inhabern ein. Der Kaufboykott war der Auftakt der Vernichtung der wirtschaftlichen und beruflichen Existenz der Juden in Deutschland. Eine Ausstellungstafel ist dem Thema gewidmet.

Im Vorfeld des Kaufboykotts hatte die NS-Propaganda in Deutschland massiv zum Angriff auf die Wirtschafts- und Berufsbereiche der Juden getrommelt, völlig verdreht als angeblicher Abwehrboykott gegen die negative Berichterstattung der angeblich von Juden gesteuerten ausländischen Presse gegen die Verfolgung der Juden. Die Nazis machten sich hier zum Opfer der Juden. Dieser NS-Propaganda schlossen sich überraschenderweise die noch nicht gleichgeschaltete bürgerliche Presse, viele Wirtschaftsverbände und kirchliche Kreise an.

Am 1. April 1933 zogen SA-Posten vor Geschäften und Büros von jüdischen Inhabern auf. Viele schlossen sich dem Boykott an und es bildeten sich in den Städten große Gruppen von Schaulustigen, z.B. in der Königsstraße in Stuttgart. Vereinzelt gab es Proteste wie in Ulm und Tübingen, die sich dem Boykott widersetzen, z.B. sagte eine Frau in Tübingen „Ich kaufe, wo ich will“

Beim reichsweiten Boykott im April 1933 wurden erstmals die in weiten Kreisen der Bevölkerung vorhandenen antisemitischen Stimmungen für eine große

öffentlichkeitswirksame Aktion mobilisiert. Diese Geschäfte und die Juden wurden öffentlich stigmatisiert und sollten aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ durch Fernbleiben der Kundschaft ausgegrenzt werden. Die politische Botschaft wurde überall verstanden, ein stiller Boykott vieler Menschen und kommunale Verbote und Schikanen schlossen sich an.

Akteure und Profiteure der Verfolgung im Überblick

In Württemberg und Hohenzollern waren - wie anderswo auch - zahlreiche Akteure aus der NSDAP, den Kommunen, aus den Finanz- und Landesverwaltungen, der Gestapo, den Wirtschaftsverbänden, den Industrie- und Handelskammern, Handwerksinnungen, sowie aus den Firmen bis hin zu vielen Bürgerinnen und Bürgern an der Ausplünderung beteiligt. Darüber hinaus wurden eigene Institutionen, nur für Württemberg-Hohenzollern, geschaffen.

In dem Schaubild zu den Akteuren und Profiteuren der Verfolgung in der Ausstellung werden diese Verflechtungen deutlich. Die NSDAP-Gauleitung um den Reichstatthalter Wilhelm Murr, die Gauwirtschaftsberater, die Kreisleiter und lokalen Parteiorganisationen und die Gauwirtschaftsberater waren seit Beginn der Machtübernahme der Nationalsozialisten die wichtigsten treibenden politisch-ideologischen Kräfte der wirtschaftlichen Ausschaltung und Existenzvernichtung der jüdischen Geschäftsleute und der Angestellten. Ab 1936 nahmen die NS-Machtkreise besonders die lukrativen Firmen und größeren Fabriken von jüdischen Inhabern ins Visier. Die württembergische NSDAP schuf 1936 für die Zwangsübernahme dieser Firmen eigens so genannte *Vermittlungszentrale*, ein getarntes Wirtschaftsunternehmen. An dieser schwäbischen Erfindung waren die Stadt Stuttgart, die Gauwirtschaftsberater, das Landeswirtschaftsministerium, die IHK Stuttgart und die aufstrebende

Wirtschaftsprüfungsfirma Schwäbische Treuhand AG (heute Ernst & Young) beteiligt, um dem Raubzug gegen die jüdischen Unternehmer einen scheinlegalen Anstrich zu geben. Die Vermittlungszentrale setzte politisch genehme Personen beim Zwangsverkauf durch und erpresste Gelder von Käufern und jüdischen Vorbesitzern für NS-Zwecke. Diese Korruptionsgaben flossen in die extra gebildete Parteistiftung „Wirtschaftsdank“. Die Gauleitung und die Gauwirtschaftsberater führten 1938 den NS-Gauamtsleitern lukrative Fabriken von jüdischen Unternehmern zu. Meist waren die neuen Firmenkäufer unternehmerische Amateure. Mit dem ökonomischen Zugriff sicherten sich die Nazis ihre politische Machtstellung im Land. Die Korruption blühte in Württemberg und Hohenzollern.

Die Effizienz dieser antisemitischen Politik wäre jedoch begrenzt geblieben, wenn nicht zahlreiche Akteure in den Staatsbehörden, Kommunen, Wirtschaftsverbänden, freien Berufen, Unternehmer und Menschen aus der Nachbarschaft, Arbeitskollegen, frühere Kunden etc. in arbeitsteiliger Weise aus unterschiedlichen Motiven (Antisemitismus, obrigkeitliches Denken, Karrieregründe, ökonomische Vorteile, Opportunismus und Konformismus) heraus, mitgewirkt hätten.

Nach der Existenzvernichtung blieb vielen Juden gar kein anderer Weg als zur Flucht. Dann griffen die aus der Weimarer Zeit bestehende Devisenstelle und die Finanzämter mit der Reichsfluchtsteuer und der sogenannten Judenvermögensabgabe sowie weiterer Zwangsabgaben zu. Diese pressten den Juden hohe Anteile ihres Vermögens für den NS-Staat ab, der damit die Kriegsvorbereitung und das Haushaltsdefizit finanzierte. In Württemberg mussten die Juden 34 Mio RM Reichsfluchtsteuer und 35 Mio. RM Judenvermögensabgabe bezahlen. Hinzu kamen die Bereicherungen der

Finanzbehörden am beweglichen Hab und Gut der deportierten Juden, auf das ich noch später eingehen werde.

Eine besonders gefürchtete Rolle spielte dabei der Leiter der Devisenstelle Stuttgart Ernst Niemann, der die Juden, die fliehen mussten, besonders schikanierte und finanziell auspresste. Ihm ist auch eine Tafel gewidmet.

Auch die Städte und Gemeinden waren früh dabei, es wurden Geschäftsverbindungen aufgelöst, z.B. in Tübingen zum Bankhaus Weil, Zutrittsverbote zu Märkten verhängt. Und: die Städte waren Profiteure der zurückgelassenen Immobilien der geflohenen Juden oder zerstörter Synagogengrundstücke, wie die Beispiele aus Stuttgart, Heilbronn, aber auch Tübingen zeigen.

Viele Menschen waren Profiteure, als Käufer, als berufliche Konkurrenten, als Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer, als Schnäppchenjäger. Skrupel war in Württemberg die Ausnahme. Auch hier schien die völkische Zustimmungsdiktatur zu funktionieren, die zur „Beutegemeinschaft“ wurde.

Die Vorstellung, dass alle Befehle und Verordnungen von der NS-Reichsregierung, den Reichsministerien oder der SS in Berlin kamen und man nur als Befehlsempfänger agierte, ist in Württemberg und anderswo eine bequeme Legende der zahlreichen Akteure und Profiteure nach 1945.

Beispiele aus Rottweil und Schramberg

Ich möchte zwei Beispiele aus der Ausstellung von Rottweil und Schramberg herausgegriffen. Die jüdischen Verleger Ernst und Wilhelm Rothschild, die in Rottweil die Schwarzwälder-Bürgerzeitung führten, mussten Ende Mai 1934 die

Zeitung einstellen. Das Blatt wurde seit 1855 über drei Generationen der Familie Rothschild geführt, es hatte eine Auflage von fast 3.000. Sie war neben dem katholischen Konkurrenzblatt Schwarzwälder Volksfreund bis 1933 demokratisch staatstragend. Schon in der Weimarer Republik war die Schwarzwälder Bürgerzeitung immer wieder antisemitischer Hetze ausgesetzt. Im Frühjahr 1933 entzog das Oberamt Rottweil der Zeitung auf Antrag des NSDAP-Kreisleiters Wilhelm Acker dem Blatt als jüdischer Firma den Status des Amtsblatts. Die Hetze der Rottweiler Nazis hielt an: Die beiden Verlegerbrüder Ernst und Wilhelm Rothschild wurden 1933 aus dem Schwäbischen Albverein und Schwarzwaldverein ausgeschlossen. Der Existenzkampf der demokratischen Zeitung wurde immer härter. Anfang 1934 erfolgte das reichsweite Schriftleitergesetz, das Juden und politisch Andersdenkenden die Ausübung einer journalistischen und verlegerischen Tätigkeit verbot. Im Mai 1934 stellten die Brüder Rothschild das Blatt ein, die lokalen Nationalsozialisten hatten ihr Ziel erreicht. Ernst Rothschild und seine Familie flohen 1937 in die Schweiz, sein Bruder folgte ihnen, nachdem er mehrere Wochen im Zuge der Reichspogromnacht am 9. November 1938 im KZ-Dachau inhaftiert war.

Die *Schramberger Majolikafabrik GmbH für Keramische Kunst-Malereien* wurde 1912 gegründet. Eigentümer der neuen Firma waren Leopold und Moritz Meyer, die aus einer jüdischen Familie aus Hessen stammten. Das Brüderpaar ließ in ihrer Fabrik Gebrauchsgeschirr in Feinsteingut und Kunstmajoliken produzieren. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem Moritz Meyer bei Verdun eine Gasvergiftung erlitt, musste die Majolikafabrik neu konsolidiert werden. Durch Investitionen und innovative Produktentwicklungen prosperierte die Firma in den folgenden Jahren. Mit Eva Zeisel konnten eine junge jüdisch-ungarische Designerin gewonnen werden, die den Geist des Bauhauses nach

Schramberg brachte. Moritz Meyer wurde schon 1930 von der NSDAP-Ortsgruppe als Jude beleidigt und wegen seiner Unterstützung der *Deutschen Demokratischen Partei (DDP)* und des republikanischen *Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold* diffamiert.

Ab 1933 litt die Majolikafabrik unter Boykottmaßnahmen. Als die Brüder Meyer 1937 planten, ihr Unternehmen zu verkaufen, schalteten sich die *Industrie- und Handelskammer Rottweil* und die *Vermittlungszentrale* in Stuttgart ein. Sie übten massiven Druck aus, um einen Käufer aus NS-Kreisen durchzusetzen. Nach der Pogromnacht 1938 wurden Leopold und Moritz Meyer verhaftet und ins KZ Dachau verschleppt. Dort hat man Moritz Meyer gezwungen, sich mit seiner Unterschrift zur Auswanderung und zum Verkauf seines gesamten Grundbesitzes zu verpflichten.

Kurz nach ihrer Entlassung aus Dachau wurden die Brüder Meyer am 23. Dezember 1938 in die Vermittlungszentrale nach Stuttgart vorgeladen, wo man sie unter Beleidigungen und massiven Drohungen zum Verkauf ihres Unternehmens zwang. Als Verkaufspreis wurden 350.000 RM diktiert. Bei der notariellen Vertragsunterzeichnung bekamen sie erstmals den neuen Eigentümer der Majolikafabrik zu Gesicht – den 36jährigen NS-Gaupersonalamtsleiter Alfons Zeller aus Stuttgart. Bevor Leopold Meyer in die USA und Moritz Meyer mit Frau und Sohn nach England fliehen konnten, wurden ihnen die Pässe eingezogen und erst nach der Zahlung von 15.000 RM an die Deutsche Arbeitsfront wieder ausgehändigt.

Moritz Meyer gelang nach der Restitution der *Schramberger Majolikafabrik* durch das Landgericht Rottweil 1948 ein Neuanfang. 1949 kehrte er nach Schramberg zurück und führte die Majolikafabrik zu neuer Blüte.

Deportationen und finaler Raub und Versteigerungen

Als die verbliebenen 2.500 Juden aus Württemberg-Hohenzollern ab Dezember 1941 in die Todeslager deportiert wurden, standen die Gestapo und die Finanzämter bereit, deren gesamtes, noch verbliebenes Eigentum in der reichsweiten *Aktion 3* zu beschlagnahmen und restlos zu verwerten. Dabei gingen die lokalen Finanzämter und das Oberfinanzpräsidium selbst nicht leer aus. Das Oberfinanzpräsidium Stuttgart leitete und organisierte den Raub des Vermögens der jüdischen Bevölkerung. Die Finanzbehörden versorgten sich die mit Büroeinrichtungen, Schränken, wertvollen Gemälden und Teppichen, Klavieren für den eigenen Dienstgebrauch. Der Oberfinanzpräsident Dr. Rudolf Mitze bekam ein Zimmer aus kaukasischen Nussbaumholz, mittlere Beamte bekamen Lederklubsessel und Radierungen als Wandschmuck.

Finanzämter wie Künzelsau wollten Möbel als Raubgut und erhielten die Genehmigung aus Stuttgart. Oder wertvolle Teppiche – wie Dokumente auf der Tafel zeigen- wurden vom Finanzamt Riedlingen nach Stuttgart gemeldet und auf einzelne Behörden in Oberschwaben verteilt. Es waren auch auch zahlreiche NS-Organisationen, Polizeistellen interessiert, um vom Raub im Kontext der Deportationen zu profitieren.

Die Gegenstände wurden nach 1945 kaum restituiert und in vielen Fällen wurden Nachweise kurz vor Kriegsende vernichtet. Durch einige wichtige überlieferte Aktenbestände konnte der Vorgang jedoch in Grundzügen rekonstruiert werden. Was die NS-Behörden und Parteiorganisationen aus dem Hab und Gut der Deportierten nicht selber verwenden konnten, wurde an die Bevölkerung meistbietend versteigert.

Versteigerungen von Hausrat und Möbel von Juden waren im nationalsozialistischen Deutschland ein Massenphänomen, an denen sich viele

Bürgerinnen und Bürger – nicht selten die ehemaligen Nachbarn der Verfolgten beteiligten. An vielen Orten wie Stuttgart, Baisingen, Haigerloch, Laupheim, Künzelsau, Eschenau fanden nach der Deportationen im Winter 1941 und Sommer/Herbst 1942 größere Versteigerungen statt, die die Finanzämter mit den örtlichen Inventierern organisierten. Weniger wertvolle Sachen sollten laut Oberfinanzpräsidenten an die »Volksgemeinschaft« abgegeben werden.

Der Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e.V. und die lokalen Veranstalter freuen sich sehr über den Besuch der Wanderausstellung. Für Rückfragen stehe ich Ihnen jetzt gerne zur Verfügung. Am 20. Juli wird es um 18 Uhr eine öffentliche Führung durch die Ausstellung geben.

Bevor ich schließe, möchte ich als Vertreter des Gedenkstättenverbunds zur Kundgebung „Rottweil bleibt bunt und vielfältig“ gegen die rechtsextreme AFD-Kundgebung am 29.Juni aufrufen. Einer der schlimmsten Hetzer der AFD, Björn Höcke, der die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen als Schuld kult diffamiert und den Nationalsozialismus massiv verharmlost, darf in Rottweil sprechen. Zeigen wir ihm und seiner AFD die rote Karte!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Literatur:

Högerle, Heinz / Müller, Peter / Ulmer, Martin (Hg.): Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und >Volksgemeinschaft< gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern 1933 bis 1945. Stuttgart 2019. (18 Euro, Bestellung bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)
